

Linke wollen Velo-/Busspur

Seebrücke Die Luzerner Seebrücke ist für Velofahrer kein beliebtes Pflaster. Die Velostreifen sind dort eng, teilweise wird man von beiden Seiten von Autos, Bussen und Lastwagen bedrängt. Viel Alternativen gibt es für Velofahrer aber nicht, wenn sie von einer Seite zur anderen wechseln wollen.

SP und Grüne fordern den Luzerner Stadtrat deshalb auf, sich für eine kombinierte Bus-/Velospur auf der Seebrücke und am Schweizerhofquai einzusetzen. Dazu haben sie im Stadtparlament ein Postulat eingereicht. Das Problem ist bloss: Seebrücke/Schweizerhofquai sind in der Verantwortung des Kantons. Und dieser hat immer klargemacht, dass zusätzliche Bus- oder Velospuren erst möglich sind, wenn die Innenstadt durch Bypass und Spange Nord entlastet wird.

Die Postulanten fordern vom Stadtrat deshalb, dass er sich beim Kanton für eine rasche Lösung einsetzt. Um die Dringlichkeit des Problems zu unterstreichen, verweisen SP und Grüne auf die Unfallstatistik. So ereigneten sich zwischen 2011 und 2015 rund 30 Unfälle mit Fahrradbeteiligung allein auf dem Abschnitt Bahnhof-Seebrücke-Luzernerhof. In vier Fällen davon wurden beteiligte Personen schwer verletzt. (red)

Weitere Petition für Post-Erhalt

Adligenswil Die Post will mehrere Filialen in der Stadt Luzern abbauen oder in Postagenturen umwandeln (Ausgabe vom 9. Februar). Die städtische SP hat nach der Ankündigung der Post umgehend eine Petition lanciert, welche den Erhalt der Poststellen fordert. Die Pläne für die Stadt wecken auch Ängste in den Nachbargemeinden. Deshalb will nun die Adligenswiler CVP präventiv ebenfalls eine Petition starten. Ziel sei, die Poststelle in Adligenswil zu sichern, wie die Partei mitteilt. Die Adligenswiler Filiale gilt gemäss bisherigen Plänen der Post zumindest als gefährdet. (red)

Luzerner Zeitung

Herausgeberin: Luzerner Zeitung AG, Malihofstrasse 76, Luzern. Doris Russi Schurter, Präsidentin des Verwaltungsrates, leitung@lzmedien.ch.

Verlag: Jürg Weber, Geschäftsleiter; Ueli Kaltenrieder, Lesermarkt; Stefan Bai, Werbemarkt.

Ombudsmann: Rudolf Mayr von Baldegg, rmayr@ombud.ch

Publizistische Leitung: Pascal Hollenstein (pho).

Chefredaktion: Chefredaktor: Jérôme Martini (jem). Stv. Chefredaktoren: Dominik Buholzer (bu, Leiter Zentralschweiz am Sonntag); Roman Schenkel (rom, Leiter überregionale Ressorts); Flurina Valsecchi (flu, Leiterin regionale Ressorts).

Redaktionsleitung: Robert Bachmann (bac, Leiter Online); Balz Bruder (bbr, Blattmacher/Autor); Sven Gallinelli (sg, Visuellel Blattmacher); Andreas Ineichen (ain, Leiter Sport); Christian Peter Meier (cpm, Leiter Reporterpool); Lukas Nussbaumer (nus, Leiter Ressort Kanton); Arno Renggli (are, Leiter Gruppe Gesellschaft und Kultur).

Ressortleiter: Kari Kälin (ka, Leiter Politik); Robert Knobel (rk, Leiter Stadt/Region); René Leupi (le, Sportjournal); Hans Graber (hag, Leiter Piazza Wissen); Regina Grütter (reg, Apero/Agenda); Lene Horn (lh, Foto/Bild).

Adresse: Malihofstrasse 76, Postfach 3351, 6002 Luzern. **Redaktion:** Telefon 041 429 51 51, Fax 041 429 51 81, redaktion@luzernerzeitung.ch

Abonnemente und Zustelldienst: Telefon 041 429 53 53, Fax 041 429 53 83, leserservice@lzmedien.ch

Billettverkauf: Tel. 0900 000 299 (60 Rp./Min.).

Anzeigen: LZ-Corner, Pilatusstrasse 12, 6003 Luzern, Telefon 041 429 52 52, Fax 041 429 59 69, E-Mail: inserate@lzmedien.ch. Postadresse: NZZ Media Solutions AG, Malihofstrasse 76, 6002 Luzern.

Auflage: verbreitete Auflage: 122 401 Exemplare; verkaufte Auflage: 118 795 Exemplare (provisorische Beglaubigung). **Abonnementspreis:** 12 Monate für Fr. 449.–/6 Monate für Fr. 232.50, 12 Monate nur E-Paper für Fr. 368.– (inkl. MWST). **Technische Herstellung:** LZ Print/Luzerner Zeitung AG, Malihofstr. 76, Postfach, 6002 Luzern, Tel. 041 429 52 52, Fax 041 429 52 89.

Die irgendwie geartete Verwertung von in diesem Titel abgedruckten Anzeigen oder Teilen davon, insbesondere durch Einspeisung in einen Online-Dienst, durch dazu nicht autorisierte Dritte ist untersagt. Jeder Verstoß wird gerichtlich verfolgt.

Schärli macht das Ibach sicherer

Prostitution Die Luzerner alt Regierungsrätin Yvonne Schärli hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Situation der Sexarbeiterinnen zu verbessern. Dafür putzt sie viele Klinken – mit Erfolg.

Sandra Monika Ziegler
sandra.ziegler@luzernerzeitung.ch

Seit über drei Jahren betreibt der Luzerner Verein für die Interessen der Sexarbeiterinnen – kurz Lisa – im abgelegenen Gewerbegebiet Ibach einen Beratungscontainer, den sogenannten Hotspot. Damit sollen vor Ort die Sicherheit und die Arbeitsbedingungen der Prostituierten auf dem Strassenstrich verbessert werden. Zudem werden die Frauen in administrativen Belangen wie etwa Krankenkassen, Steuern, Aufenthaltsbewilligungen beraten. Und es stehen vier Ärztinnen gratis für die medizinischen Belange zur Verfügung (wir berichteten).

Das Pilotprojekt Hotspot – das bis Ende 2017 befristet ist – wird aktuell von Stadt und Kanton jährlich mit je 50 000 Franken unterstützt. Und der Verein selber muss 70 000 Franken pro Jahr aufbringen. «Kein leichtes Unterfangen», sagt die Vereinspräsidentin, alt SP-Regierungsrätin Yvonne Schärli, beim Treffen im Container. Doch der Verein Lisa konnte die Vorgaben erfüllen. «Wir sind jetzt sogar in der Lage, vier Mal und nicht wie bisher drei Mal pro Woche den Container abends während dreier Stunden zu betreiben. Sicherer wäre, wenn wir jeden Tag offen hätten», sagt Schärli.

Als Yvonne Schärli im Sommer 2015 als Regierungsrätin zurücktrat, wurde sie angefragt, als Vorstandsmitglied im Verein Lisa mitzuwirken. Ein Jahr später übernahm sie von SP-Kantonsrätin Ylfete Fanaj das Präsidium, das Fanaj seit der Gründung inne hatte. «Ich habe es mir zur Aufgabe gemacht, Drittmittel zu beschaffen», umschreibt sie kurz ihre Arbeit. Dabei sei es enorm wichtig, dass sich auch der frühere Gassenseelsorger Sepp Riederer als Beirat engagiere: «Seine Kontakte zur Kirche und zu kir-



Yvonne Schärli, Präsidentin Verein Lisa und ehemalige SP-Regierungsrätin im Betreuungscontainer.

Bild: Philipp Schmidli (Luzern, 7. Februar 2017)

chennahen Institutionen sind für uns sehr wertvoll. Er ist eine Vertrauensperson. Das zeigt sich auch darin, dass die Katholische Kirche Stadt Luzern uns stark unterstützt», so Schärli.

Bund zahlt 25 000 Franken

Den Schwerpunkt ihres Engagements legt Yvonne Schärli beim Geldbeschaffen auf Private, Stiftungen und Behörden. So wurde sie im Namen des Vereins beim Bundesamt für Polizei (Fedpol) vorgestellt. Das Fedpol unterstützt Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, die ein Projekt zur Verhinderung von Krimi-

nalität im Zusammenhang mit Prostitution durchführen. «Dort haben wir ein Gesuch um finanzielle Unterstützung eingereicht», so Schärli. Das Gesuch wurde angenommen, und Fedpol hat für dieses Jahr einen Beitrag von 25 000 Franken für die Sexarbeiterinnen gesprochen.

Der Verein will zudem beim Zweckverband für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung (Zisg) aufgenommen werden. Hier sind aktuell etwa 18 Vereine, Institutionen und ihre Teilbereiche vereint. «Eine Mitgliedschaft hat den Vorteil, dass wir dann wie etwa ein Frauenhaus behandelt werden und die

Zuwendungen mit einem Leistungsvertrag gesichert wären.» Das sei enorm wichtig, weil das Pilotprojekt Ende 2017 endet und damit auch die Zahlungen von Stadt und Kanton. Der Entscheid über eine Aufnahme in den Zisg wird für dieses Jahr erwartet, so Schärli. Deshalb wurde jedem Regierungsrat ein Brief geschrieben, und Schärli ging auch an die Konferenz der Zentralschweizer Sozialdirektoren. Von den Zentralschweizer Kantonen hat sich der Kanton Schwyz mit ein paar tausend Franken beteiligt, und der Kanton Zug hat eine Unterstützung – in noch nicht definierter Höhe – zugesagt, so Schärli.

Das Engagement des Vereins Lisa geht über den Strassenstrich hinaus: Ein niederschwelliges Angebot mit einem Behandlungszimmer für alle zirka 600 Sexarbeiterinnen wäre ein nächstes Ziel. Dazu braucht es weitere Unterstützung.

«Der Verein zählt heute 74 Mitglieder, gerne hätten wir mehr», sagt Birgitte Snefstrup, Geschäftsleiterin des Vereins Lisa. Nach der Fasnacht werde offensiv mit einem Flyer für neue Mitglieder geworben.

Hinweis

Infos unter: www.verein-lisa.ch

Erste Folgen der Verwaltungsreform?

Stadt Luzern Die städtische Baudirektion wird bei der geplanten Reform besonders stark umgekrempelt. Ein prominenter Abgang hat möglicherweise damit zu tun.

Stadtbaumeisterin Friederike Pfromm hat ihren Posten per Ende Januar verlassen. Der Abgang erfolgte «in gegenseitigem Einvernehmen», wie die Stadt mitteilte (Ausgabe vom 10. Februar). Der Grund seien «unterschiedliche Auffassungen über die Art der Geschäftsführung». Weshalb hat sich Pfromm mit der Baudirektion überworfen, nachdem sie vier Jahre an der Spitze der Dienststelle Immobilien gute Aufbauarbeit geleistet hat, wie die Stadt weiter erwähnt?

Offiziell äussern sich weder der Stadtrat noch Pfromm dazu. Aufschlussreich ist aber ein Blick in die per 2018 geplante Verwaltungsreform, die der Stadtrat vor einigen Wochen vorstellte. In der Reform gehört die Dienststelle Immobilien zu den am stärksten betroffenen Bereichen. Die Dienststelle war bisher der Baudirektion von Manuela Jost unterstellt und zählt 34 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gemäss den Reformplänen soll die Abteilung

auseinandergerissen werden. Der Teilbereich Finanzliegenschaften (5 Angestellte) soll in die Finanzdirektion von Franziska Bitzi ausgelagert werden. Die Dienststelle Immobilien verliert also Mitarbeiter und an Gewicht. Das geriet der Leiterin möglicherweise in den falschen Hals.

Stadt verdient 9 Millionen mit Finanzliegenschaften

Der Stadtrat argumentiert in seiner Botschaft zur Verwaltungsreform, dass die Finanzliegenschaften im Finanzdepartement besser aufgehoben seien. Unter Finanzliegenschaften versteht man Liegenschaften, die im Besitz der Stadt sind, die aber nicht für das Funktionieren des Staatswesens notwendig sind und daher auch verkauft werden können. Aktuell gehören 550 Mietwohnungen sowie rund 100 Geschäftsobjekte zum Portfolio der Stadt Luzern. Ziel sei, diese «sicher und ertragsbringend» zu bewirtschaften, schreibt der

Stadtrat. Und das sei eher die Aufgabe der Finanzdirektion und nicht der Baudirektion. Kommt hinzu, dass die Finanzdirektion schon heute jedes Mal ihr Einverständnis geben muss, wenn die Dienststelle Geld für den Unterhalt der Immobilien braucht. Es ist naheliegend, dass das Know-how zur Bewirtschaftung der Immobilien bei der Finanzdirektion stärker vorhanden ist als bei der Baudirektion. Wobei es nicht so ist, dass Stadtbaumeisterin Pfromm die Finanzimmobilien schlecht bewirtschaftet hätte. Im Gegenteil: 2015 erzielte die Stadt 9 Millionen Franken Ertrag – 13 Prozent mehr als budgetiert. Im Vergleich zu 2013 beträgt der Zuwachs sogar 50 Prozent.

Mit der Verschiebung der Abteilung Finanzliegenschaften erhält die Finanzdirektion etwas mehr Gewicht, während die Baudirektion auch budgetmässig leicht zurückgefahren wird. Kommt hinzu, dass innerhalb der Baudirektion noch eine weitere

Abteilung auseinandergerissen wird: die Stadtentwicklung. Diese muss die Teilbereiche Gesamtplanung an die neue Stelle Strategiemangement abgeben und die Quartierpolitik ans neue Sozial- und Sicherheitsdepartement.

Die Baudirektion ist die einzige der fünf stadträtlichen Departemente, in der wichtige Abteilungen aufgeteilt werden. Ansonsten sieht die Reform vor allem Verschiebungen von ganzen Abteilungen vor. Die wichtigsten Rochaden betreffen Feuerwehr, SIP sowie Einwohnerdienste, Einbürgerungen und Wahlen/Abstimmungen. Sie werden von der Umwelt-, Verkehrs- und Sicherheitsdirektion (Adrian Borgula) zur neuen Sozial- und Sicherheitsdirektion (Martin Merki) verschoben. Ziel ist es, alle fünf Direktionen bezüglich Budget und Mitarbeiter ungefähr gleich gross zu halten.

Robert Knobel
robert.knobel@luzernerzeitung.ch

Gemeinderat erhält Recht

Kriens Die FDP hat eine Initiative für eine Schuldbremse eingereicht. Der Krienser Gemeinderat will die Initiative teilweise für ungültig erklären lassen. Beim umstrittenen Paragrafen geht es um die Neubewertungsreserven. Diese entstehen bei der sporadischen Anpassung des Finanzvermögens an den Marktwert. Die FDP-Initiative will verhindern, dass solche dazugewonnenen Finanzwerte im Rahmen der Budgetierung gleich wieder ausgegeben werden. Der Gemeinderat stellt sich aber auf den Standpunkt, dass dieser Paragraf kantonalem Recht widerspricht.

Der Einwohnerrat weigerte sich im September 2016, darüber zu urteilen, da kein schriftliches Gutachten vorliege. Das hat der Gemeinderat nun nachgeholt – mit Erfolg. Das kantonale Finanzdepartement stützt die Einschätzung des Gemeinderats. Für die FDP ist die Sache hingegen nicht so glasklar – schliesslich fordere der Kanton nicht explizit eine Ungültigkeitserklärung. Sollte der Gemeinderat daran festhalten, will die FDP Beschwerde einlegen. (rk)